

25.03.26

Unterrichtung durch die Bundesregierung

Stellungnahme der Bundesregierung zu der Entschließung des Bundesrates zur Verordnung zur Bereinigung der Namensschreibweise im Meldewesen sowie weiterer 4nderungen

Bundesministerium
des Innern
Parlamentarische Staatssekret4rin

Berlin, 25. M4rz 2026

An den
Pr4sidenten des Bundesrates
Herrn B4rgermeister
Dr. Andreas Bovenschulte

Sehr geehrter Herr Bundesratspr4sident,

auf Ihre Nachfrage zum Verfahrensstand der im Betreff genannten Entschließung nehme ich f4r die Bundesregierung wie folgt Stellung:

Mit der Entschließung hat der Bundesrat auf das Inkrafttreten des Gesetzes 4ber die Selbstbestimmung in Bezug auf den Geschlechtseintrag (SBGG) und dessen Auswirkungen auf das Meldewesen reagiert. Er hat die Bundesregierung aufgefordert, „zeitnah die 4bermittlung des fr4heren Geschlechtseintrags sowie Ort, Beh4rde und Datum der 4nderung bezogen auf 4nderungen der Vornamen und des Geschlechtseintrags vorzusehen und bez4glich des fr4heren Geschlechtseintrags die hierf4r n4tigen DSMeld-Bl4tter zu schaffen.“ Die genannten DSMeld-Bl4tter sind zum 1. April 2025 in Kraft getreten. Seitdem werden der fr4here Geschlechtseintrag sowie Ort, Beh4rde und Datum der 4nderung im Melderegister gespeichert.

Um die in der Entschließung geforderten Datenübermittlungen zwischen den Meldebehörden, sowie von den Meldebehörden an weitere Behörden zu ermöglichen, hat das Bundesministerium des Innern die „Verordnung zur Umsetzung des Gesetzes über die Selbstbestimmung in Bezug auf den Geschlechtseintrag im Meldewesen“ (BR-Drs. 419/25) mit den Ländern fachlich einvernehmlich erarbeitet und dem Bundesrat für die Sitzung am 17. Oktober 2025 zur Zustimmung vorgelegt. Der federführende Innenausschuss und der Rechtsausschuss des Bundesrates haben dem Plenum die Zustimmung empfohlen, der Familienausschuss die Ablehnung. Der TOP wurde von der Tagesordnung des Bundesrates genommen; ein Beschluss des Bundesrates liegt noch nicht vor.

Das Bundesministerium des Innern teilt die geäußerten Bedenken gegen die Erforderlichkeit der Verordnung, namentlich gegen die Übermittlung des früheren Geschlechtseintrags, nicht. Vielmehr ist der Entschließung des Bundesrates beizupflichten, in deren Begründung die Erforderlichkeit der Übermittlung für die Richtigkeit und Aktualität der amtlichen Register, der Einhaltung des Offenbarungsverbots und zur Erfüllung öffentlicher Aufgabe überzeugend dargelegt wird.

Das Bundesministerium des Innern bemüht sich weiterhin um eine Einigung zu der Verordnung. Eine Unterstützung dieser Bemühungen auch durch Einbringung von zustimmungsfhigen Änderungsvorschlägen wird, auch im Interesse der vollziehenden Behörden der Länder, begrüßt.

Mit freundlichen Gren
Daniela Ludwig